
Niederschrift

Gremium:	Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss
Sitzungsdatum:	Montag, den 11.10.2021
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:28 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Andreas Brohm
Vorsitzender

 Birgit Wesemann
Protokollführer
Anwesend:Vorsitzender

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Edith Braun
Herr Dr. Frank Dreihaupt
Herr Werner Jacob
Herr Wolfgang Kinszorra
Frau Steffi Kraemer
Frau Rita Platte
Frau Alexandra Schleef
Herr Bodo Strube

Ortsbürgermeister

Herr Michael Grupe
Herr Peter Jagolski stellv. OBM Tangerhütte

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:Mitglieder

Herr Marcus Graubner entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss der EG Stadt Tangerhütte am Montag, 11.10.2021, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.

- | | |
|--|-------------|
| 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 13.09.2021 | |
| 4. Einwohnerfragestunde | |
| 5. Information des Ausschussvorsitzenden | |
| 6. Erstellung eines Einzelhandelskonzept für die Ortschaft Tangerhütte | BV 667/2021 |
| 7. Haushaltskonsolidierungskonzept 2022 - 2028 | BV 669/2021 |
| 8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2022/2023 | BV 670/2021 |
| 9. Bewilligung außerplanmäßige Ausgaben | BV 676/2021 |
| 10. Stellungnahme der Gemeinde zu Antrag auf Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und Betrieb einer Legehennenanlage mit Freilandhaltung in der Gemarkung Mahlpfuhl | BV 677/2021 |
| 11. Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | |
|---|-------------|
| 12. Abstimmung über die Niederschrift der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 13.09.2021 | |
| 13. Information des Ausschussvorsitzenden | |
| 14. Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |
| 15. Grundstücksangelegenheit Windpark Bellingen | BV 678/2021 |

Öffentliche Sitzung

- | | |
|--|--|
| 16. Wiederherstellung der Öffentlichkeit | |
| 17. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse | |
| 18. Schließung der Sitzung | |

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Brohm eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Herr Graubner ist entschuldigt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Kinszorra stellt den Antrag, den TOP 7 (BV 669/2021: Haushaltskonsolidierungskonzept 2022-2028) und den TOP 8 (BV 670/2021: Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2022/2023) von der Tagesordnung (TO) zu nehmen oder in den Stadtrat (SR) zu vertagen. Man habe unterschiedlichste Anträge bekommen, die aus Sicht der WG Zukunft noch einmal von der Verwaltung durchgearbeitet werden müssten.

Herr Brohm informiert, dass man in der Freitaginfo schon zusammengerechnet habe, was die Veränderungen in den beratenen Ausschüssen hervorrufen würde und dem SR einen Vorschlag präsentiert. Dies würde er gern hier im Hauptausschuss (HA) mit den Räten diskutieren.

Herr Kinszorra besteht auf seinen Antrag und **Herr Brohm** stellt den *Antrag* von Herrn Kinszorra, den TOP 7 und den TOP 8 von der TO zu nehmen, zur Abstimmung.

Abstimmung Antrag: 5 x Ja; 4 x Nein; 0 x Enthaltung

Herr Brohm stellt die geänderte TO fest.

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 13.09.2021

Herr Brohm bittet um Abstimmung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.09.2021.

Abstimmungsergebnis: 7 x Ja; 0 x Nein; 2 x Enthaltung

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Einwohner haben keine Fragen.

TOP 5: Information des Ausschussvorsitzenden

- 3 Ortschaften (OT) unserer EGem am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ teilgenommen
 - OT Lüderitz: Platz 1
 - OT Cobbel: Platz 3
 - OT Bittkau: unter den platzierten Plätzen
- Thema Laub
 - diese Woche Beginn Aufstellung Laubcontainer
 - mit Ortsbürgermeistern (OBM) gesprochen
- Grundschule (GS) Lüderitz Schallschutzdecken installiert
- Investition über Förderprogramm für Ganztagsbetreuung (Horte)
- Spielgeräte der 3 GS in Ferien sowie die CO2-Ampeln
- Skaterbahn Tangerhütte
- Wildpark Weißewarte

TOP 6: Erstellung eines Einzelhandelskonzept für die Ortschaft Tangerhütte – Vorlage: BV 667/2021

Herr Brohm informiert, zur Erstellung dieser Vorlage habe es ein Gespräch zwischen der Verwaltung und mit einzelnen SR'en sowie mit dem Planer und mit dem Investor gegeben. Herr Jagolski und Herr Jacob seien auch dabei gewesen. Er fragt Herrn Jacob, ob dieser ein paar Worte sagen möchte.

Herr Jacob gibt an, man habe dargelegt, wozu ein Einzelhandelskonzept gut sein könne, wozu es benötigt werde und wie die anwesenden Firmen uns dabei unterstützen könnten. Mehr könne Herr Jagolski sagen. Er selbst habe mitgenommen, dieses Konzept könne für die zukünftige Planung vom Vorteil sein und dass dieses so ähnlich wie ein IGEK von Nutzen sei.

Herr Jagolski habe das Gleiche mitgenommen. Im Bauausschuss (BA) habe Frau Wittke dieses Konzept erläutert. Der Ortschaftsrat (OR) Tangerhütte habe dagegen gestimmt und der BA dafür. Er selbst wäre auch dafür.

Herr Brohm ergänzt, damit haben jetzt schon die Unternehmen (Penny, Norma), die eine Neuansiedlung machen möchten, begriffen, Konzepte aufzustellen. Im Fall vom Penny sei es die gleiche Firma, die dies gemacht habe, die die Verkehrsströme usw. erklären müsse. Dieses Konzept sei weitergehend.

Frau Braun findet es schön, dass in Tangerhütte Investitionen stattfinden sollen. Vom Grundsatz her unterstütze sie jedes Projekt. Sie habe aber ihre Bedenken, denn aus ihrer Sicht sollten solche wirtschaftlichen Dinge kostenneutral sein. D.h., dies dürfe bei uns nicht haushalterisch niederschlagen. Sie sei nicht dafür, irgendwelche Anteile zu finanzieren.

Frau Platte sei der Meinung, hätte man ein IGEK, hätte dies da drin enthalten sein können. Vom Grundsatz her sei es so, dass es in dem Bereich, den die Ortschaft Tangerhütte ausgesucht habe, gemacht werden sollte. Habe man wegen der Kosten einen Vertrag gemacht, in dem stehe, die Kosten für die Erstellung übernehme die Firma? **Herr Brohm** verstehe es so, die zusätzlichen Kosten, die man in den HH einstellen wolle, solle der Vorhabensträger übernehmen. Er fragt Frau Platte, möchten sie einen Änderungsantrag stellen oder wollen sie dies ablehnen? **Frau Platte** würde dies dem SR überlassen und fragt, oder habe der Vorhabensträger sich geäußert, dies nicht zu übernehmen?

Frau Schleef sagt, in der BV stehe, die Gesamtkosten seien 8.750 €, d. h. der Vorhabensträger übernehme 5.000 € und wir sollten die 3.750 € übernehmen. **Herr Brohm** klärt auf, der Vorhabensträger habe den Wunsch, dass die EGem diesen Betrag übernehme. Der Vorhabensträger könne natürlich alles übernehmen, weil es um ihr Projekt gehe. Das Ziel des Beschlusses sei, dass unsere EGem sich mit 3.750 € daran beteilige.

Frau Kraemer fragt und sagt, das Konzept beinhalte die gesamte Struktur der Kernstadt Tangerhütte, was dem Einzelhandel betreffe. Von der Sache her, sei sie dafür, denn man müsse wissen, wie die Ströme in unserer Innenstadt Tangerhütte seien. Sie gebe Frau Platte Recht, denn dies wäre eigentlich Bestandteil eines IGEK. Wenn der Vorhabensträger unseren Anteil minimiere, stimme sie dafür.

Herr Kinszorra stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste*.

Bevor **Herr Brohm** über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen lässt, gibt er an, dass Herr Dr. Dreihaupt und Herr Jagolski noch auf der Rednerliste stehen.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: 3 x Ja; 5 x Nein; 1 x Enthaltung

Herr Dr. Dreihaupt möchte wissen, ob die optionalen Zusatzleistungen a) und b) mit den pauschalen Tagessätze in Höhe von 1.000 € mit in den 8.750 € enthalten seien. **Herr Brohm** meint, dies komme dazu. Der SR würde mit den 3.750 € eine Grenze einbauen.

Herr Jagolski habe eben vom Vorhabensträger die Information bekommen, dass dieser den Gesamtbetrag in Höhe von 8.750 € übernehmen werde. Dadurch entstehen der EGem keine Kosten. **Herr Jacob** fände es schön, wenn man dies schriftlich bekomme. **Herr Brohm** sei der gleichen Meinung. Für **Herrn Jagolski** mache es Sinn, dies in den SR zu verweisen. **Herr Brohm** sei dafür, dass der HA dem SR ein Votum gebe.

Herr Brohm stellt folgenden *Änderungsantrag*.

Die Kosten für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes in Höhe von 8.750 € übernimmt die Convex Red GmbH.

Abstimmung Änderungsantrag: 9 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

Herr Brohm bittet um Abstimmung der BV 667/2021, mit der Änderung

Der Stadtrat beschließt die Erstellung eines Einzelhandelskonzeptes für die Ortschaft Tangerhütte der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte. Die Kosten für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes in Höhe von 8.750 € übernimmt die Convex Red GmbH.

Abstimmungsergebnis: 9 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 7: Haushaltskonsolidierungskonzept 2022 – 2028 - Vorlage: BV 669/2021

Im TOP 2 von der TO genommen.

TOP 8: Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2022/2023

Vorlage: BV 670/2021

Im TOP 2 von der TO genommen.

TOP 9: Bewilligung außerplanmäßige Ausgaben - Vorlage: BV 676/2021

Herr Brohm informiert, dem SR habe man mitgeteilt, dass es zum 31.12.2021 einen Überschuss von 300.000 € aus den Ansätzen von 2021 geben werde. Im SR habe man beschlossen, daraus 2 Ju-

Protokoll der Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

gendclubs (JC) zu finanzieren und eine Beteiligung an einem Projekt des Sportvereins Lüderitz, der im Sportkomplex mit Fördermitteln investieren möchte. In der Freitaginfo habe man, wenn man die Zahlen der mehrheitlich beschlossenen Anträge in den verschiedenen Bereiche (Treppe Gutshaus Jerchel, Gehweg Straßenbeleuchtung Jerchel, keine Grundsteuererhöhung, keine Kostenbeitragserrhöhung, Streichung der QM Kita, keine Errichtung von 2 Windrädern in Cobbel, Schaffung IGEK, Streichung HKK-Maßnahme=>Unterstützung Wildpark) zusammenziehe, das Änderungsvolumen im Bereich Ergebnisplan und für den Bereich Investitionsliste mitgeteilt. Im SA und im BA habe man verschieden gevotet. Wenn man auf die Steuer- und Kostenbeitragserrhöhung verzichte, ergebe sich bis 2028 ein Einnahmeverlust in Höhe von 766.000 €. Im HH habe es verschiedene Anträge (Reparaturen Fahrzeuge für 2022: 7500 €, Anschaffung von Geräten: 31.000 €, Abriss Wassermühle: 15.000 €, Anschaffung Dienst- und Schutzbekleidung, Aus- und Fortbildung, Sirene: 40.000 €, Erdtank, Rauchmelder: 17.500 €, Brückenhauptuntersuchung, Vorplanung Objekt in Jerchel) aus den Fraktionen und aus der Verwaltung in Höhe von ca. 253.000 € gegeben, die man mit einarbeiten müsse. Die Umsetzung der Invest-Pauschale betrage 9 €. Diese Änderung habe man 2028 drin stehen. Ein IGEK und Personal Bauhof stehe in 2027/2028 und ein Spielgerät für die Ortschaft Lüderitz in 2022 in einer Summe von 213.000 € drin. Im Bereich Personal habe man nicht die Stelle, sondern die Ausgestaltung (Ingenieur) der Stelle gestrichen und man habe für Lüderitz und Grieben Stunden für Personal für die Jugendclubs drin. Das wären eine Summe von 11.100 € jährlich und über 7 Jahre 212.000 €. Die Verwaltung sei in der Lage, etwas vorzulegen, was die beiden Erhöhungen vermeide aber das bedeute, man könne notwendige Investitionen nicht tätigen. Das würde bedeuten, dass man den Überschuss nicht ausgabe, sondern zum Aufzeigen der finanziellen Leistungsfähigkeit der EGem stehen lasse. Das wäre eine Möglichkeit, um handlungsbereit zu sein. Herr Brohm schlage vor, diese BV in den SR zu vertagen.

Frau Braun sagt, man habe schon in kritisiert, dass im Beschluss 58.000 € Mehrkosten für den JC Lüderitz stehen müsste und nicht 52.000 €. Das könne sie nicht akzeptieren. **Frau Platte** führt fort, sie habe Frau Altmann darauf hingewiesen, dass es nicht stimme, dass die Verwaltung für Grieben 54.000 € und für Lüderitz 52.000 € aus diesem Überschuss einstelle. Für Grieben seien es 60.000 € und für Lüderitz 58.000 €, plus jeweils 6.000 € Eigenmittel. **Herr Brohm** merkt an, dies werde man redaktionell ändern.

Frau Platte wisse, der BM sei über die Änderungen ärgerlich und betroffen. Sie sei der Überzeugung, dies solle man nicht so im nächsten SR behandeln, weil es viel zu lange dauern würde. Mehr würde sie gern im nichtöffentlichen Teil sagen. Sie finde es falsch, wenn man immer wieder SR-Beschlüsse zur Diskussion stelle, weil einem diese nicht gefallen. **Herr Brohm** bittet Frau Platte, nicht mit Unterstellungen zu arbeiten. Er gibt noch zu den Beträgen einige Ausführungen und rege an, sich in einer Arbeitsgruppe zusammenzufinden.

Herr Jacob stimme Herrn Brohm zu. So könne man dies heute nicht beschließen. Er stimme aber auch Frau Platte zu. Man habe Beschlüsse im SR, die gültig seien und d.h., man könne jetzt im Rahmen der HH-Debatte nicht damit anfangen, alle Beschlüsse zu hinterfragen. Herr Jacob fragt zur Tabelle, was bedeutet das Wort „genehmigt“. **Herr Brohm** antwortet, genehmigt bedeutet, entweder beschlossen oder die Sachen, die in der Zuständigkeit des BM (unter 5.000 €) liegen. **Herr Jacob** fragt Herrn Brohm, die genehmigte Videotechnik möchten Sie für die SR-Sitzungen nutzen? **Herr Brohm** bejaht dies. **Herr Jacob** sagt, der SR wolle keine Videoaufzeichnung und d.h., in Herrn Brohm seine Zuständigkeit falle eine Anschaffung, die er nicht nutzen könne. **Herr Brohm** antwortet, die Geschäftsordnung lasse dies zu. **Herr Jacob** ist mit dieser Antwort nicht zufrieden und **Herr Brohm** merkt an, dies sei eine öffentliche Veranstaltung. Im Rahmen der Transparenz und der Demokratie und einer gesunden Meinungsbildung sei dies nicht abträglich. **Herr Jacob** bittet Herrn Brohm, dass sie sich beide zusammen den Beschluss des SR'es anschauen und wenn Herr Brohm der Meinung sei, dass dieser Beschluss dem Recht widerspreche, müsse man dies über die Kommunalaufsicht klären lassen.

Frau Schleef meint, wenn man alle Anträge zustimme, müsse man irgendwo Einschnitte machen. Unsere EGem habe nur ein gewisses Budget zur Verfügung. Sie sei auch für Vertagung.

Frau Kraemer habe eine Verständigungsfrage. Das sollten doch Überschüsse aus dem HH 2021 sein? Hier stehen Posten drin, die man sowieso im HH drin stehen habe, wie z.B. der Ersatzrasenmäher für Weißewarte. Lt. Freitaginfo benötige man keinen Rasenmäher. **Herr Brohm** antwortet, man habe in diesem Jahr 2 Rasenmäher gekauft aber man benötige mehr. Hiermit wollte man dem SR eine Handreichung geben, wie könne man aus den 30 Maßnahmen eine Kategorie ableiten. Auf

einer A4-Seite habe man erklärt, woran man dies festmachen könne. Hierzu gebe es auch schon einen Beschluss mit einem Vorschlag. Der SR könne eine andere Bewertung vornehmen.

Frau Braun habe eine Frage zum Saaldach Kulturhaus. Im HH habe man auf Antrag von Herrn Dr. Dreihaupt beschlossen, 25.000 € für die Reparatur auszugeben. Jetzt stehen hier 40.000 €. Dazu komme noch die Blitzschutzanlage in Höhe von 10.000 €. Sie bittet um Erklärung. **Herr Brohm** sagt, im HH stehe aktuell 25.000 €. Das Kulturhaus zu erhalten, sei ein Grundsatzbeschluss des Gremiums. Im vorderen Bereich habe man Auflagen zum Brandschutz zu erfüllen und man habe die Herausforderung das Dach dicht zu bekommen. Man müsse aktuell mit 40.000 € rechnen.

Angesichts der HH-Lage bittet **Frau Braun** Herrn Brohm auf die Videotechnik zu verzichten. Man suche krampfhaft Geld, um unsere Grünanlagen aufzurüsten, die durch Sturm gebeutelt seien. Sie habe am 27.09.2021 einen Antrag für 30 Laubbäume gestellt. Die grüne Lunge sei ihr wichtiger als die Videotechnik. Sie bittet auch darum, auf die Renovierungen sowie auf die Anschaffung von der Möblierung im Rathaus zu verzichten.

Frau Platte findet, diese Einzelheiten müsse man in Ruhe und mit Sachlichkeit diskutieren. Wenn Herr Brohm dies mit den 300.000 € anbringe, die eigentlich zur Reduzierung des Kassenkredites sein könnten und sollten, finde sie nicht gut. Herr Brohm habe dies angeboten und der SR habe Anträge eingereicht. Darüber habe man beschlossen und dann müsse das auch stehen. **Herr Brohm** sei im Grunde bei Frau Platte aber letztendlich entscheide der SR über die Maßnahmen. Er dürfe die drei Grundsätze der HH-Aufstellung nicht verheimlichen und er dürfe dies nicht schön rechnen. Er würde gern eine Arbeitsgruppe bilden.

Herr Brohm stellt *den Antrag, diesen TOP zu vertagen* und bittet um Abstimmung des Antrages.

Abstimmung Antrag auf Vertagung: 9 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 10: Stellungnahme der Gemeinde zu Antrag auf Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und Betrieb einer Legehennenanlage mit Freilandhaltung in der Gemarkung Mahlpfuhl - Vorlage: BV 677/2021

Herr Brohm sagt, man habe dem SR das Prozedere dargelegt. Die Antragstellung erfolge jetzt aus einem anderen Paragraphen (aus der Landwirtschaft heraus). Hier werde man nur nach baurechtlichen Punkten gefragt. Das sei mit den Windrädern in Bellingen vergleichbar. Die Verwaltung habe eine Begründung abgegeben. Es gehe nicht darum, ob man es gut oder schlecht finde.

Herr Kinszorra nehme das Schreiben vom Landkreis vom Umweltamt und Immissionsschutz von Frau Müller vom 17.09.2021 zum Anlass. Dort stehe, die Ortschaft Tangerhütte könne nur nach §§ 31, 33 bis 35 des Baugesetzbuches (BauGB) Einwände erheben. Es sei eine Frist von 2 Monaten einzuhalten. Auf der 2. Seite des Schreibens stehe, „Bitte stellen Sie sicher, dass die als „Geheim“ gekennzeichneten Unterlagen auf keinen Fall in öffentlichen Sitzungen (z.B. Rat, Ausschüsse o. Ä.) behandelt werden.“ Aus seiner Sicht habe der SR nicht alles bekommen. Der Satz Antragsunterlagen, Ausfertigung Nr. 4, müsse die EGem bekommen haben aber der SR nicht. Wenn der SR entscheiden solle, ob man einen Widerspruch zu den möglichen Hinweisen des Landkreises einlegen wolle, müssten dem SR diese Unterlagen zugänglich gemacht werden. In den Unterlagen der Verwaltung vom 30.10.2020 sei dem SR das Umwelt- und Immissionsschutzgutachten des Herrn Prof. Dr. Oldenburg vom 14.08.2020 bekannt gegeben worden. In der kurzen Begründung des Gutachtens, die man dem SR gegeben habe, sei eine Anlage dabei und zwar Legehennen Stall Mahlpfuhl vom Lehmden Planungsbüro GmbH. Auf Seite 9 stehe zur Emission, „Die Darstellung und Bewertung der Emissionen/Immissionen erfolgt im Gutachten 21.200 des Ingenieurbüro Prof. Dr. Oldenburg vom 06. August 2021 (im Abschnitt 4 unter Punkt 4.1.1 abgelegt).“ Das heißt, der SR kenne den neusten Stand nicht. Die eine Seite seien die baurechtlichen Darstellungen aber man sei als EGem und als Verwaltung verpflichtet, andere möglichen Widersprüchlichkeiten darzustellen. Die Verwaltung müsse prüfen, ob man das 2. Gutachten nachgebessert habe. Er erwartet vom BM, dass dieser dem SR alle Unterlagen zur Verfügung stelle, spätestens zur nächsten SR-Sitzung. **Herr Brohm** habe Herrn Kinszorra verstanden. Wenn man im Rahmen unserer Zuständigkeit rechtswidrig einen Beschluss fasse, werde dieser ersetzt. Man könne gemeinsam in die §§ 31, 33, 34, 35 BauGB schauen. Es sei fernab unserer Zuständigkeit aber die Verwaltung werde hier noch einmal in die Prüfung gehen.

Frau Platte sei derselben Meinung wie Herr Kinszorra. Es seien so viele Bürger dagegen. Sie würde gern wissen wollen, wieso ein Prof. ein Gutachten erst so mache und dann so.

Frau Braun gibt zu bedenken, wenn dies der Landkreis genehmigen wolle, könne man dies nicht verhindern, nur durch Klagen einzelner Bürger. Dann müsse das Gericht dies klären.

Herr Jacob habe Herrn Kinszorra so verstanden, es gebe einige Differenzen. Er fände es gut, wenn man den Landkreis darauf hinweise, für die Verantwortlichkeit des SR'es vor Ort. Herr Brohm antwortet, das werde man tun.

Herr Brohm bittet um Abstimmung der BV 677/202.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt über die Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde nach §36 BauGB im Rahmen der Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zum Antrag über die Errichtung und den Betrieb einer Legehennen-Anlage für 39.990 Tierplätze mit Freilandhaltung am Standort: Gemarkung Mahlpfuhl, Flur 2, Flurstücke 49/1, 51 und 101/53 – Lagebezeichnung: 39517 Tangerhütte OT Mahlpfuhl, Bohnen Stücke – Zingelfeld.

Abstimmungsergebnis: 4 x Ja; 4 x Nein; 1 x Enthaltung - (abgelehnt)

TOP 11: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Frau Platte merkt an, der BM habe dem SR die Stellungnahme des Landkreises zum Rasenmäher Weißewarte zur Verfügung gestellt. Sie finde es sehr bedenklich, wenn der BM so handle. Aus ihrer Sicht setze sich der BM über den Gebietsänderungsvertrag hinweg. Hier sei nicht berücksichtigt, dass die Ortschaft Weißewarte den Rasenmäher aus eigenen Mitteln gekauft habe und dieser dann gestohlen wurde. Die Versicherung habe den Betrag erstattet und dann müsse der wieder zur Ortschaft zurück. Hätte man den OBM Herrn Radke gefragt, ob man den Rasenmäher der Ortschaft Ringfurth zur Verfügung stellen könne, hätte er bestimmt nichts dagegen gehabt.

Frau Platte wisse, Herr Steinig-Pinnecke habe sich als Mitglied im Ortschaftsrat (OR) Tangerhütte, sehr negativ über den Jugendclub Grieben und über den Jugendclub Lüderitz ausgesprochen. Sie fragt Herrn Brohm, waren sie im OR Tangerhütte anwesend?. **Herr Brohm** antwortet mit Ja. **Frau Platte** fragt, warum haben sie Herrn Steinig-Pinnecke nicht zur Rede gestellt?

Frau Platte möchte wissen, wer habe festgelegt, einen Doppel-HH aufzustellen. Darüber habe man nie gesprochen, nur einmal in die Runde geworfen. Zum Teil könne sie die Gründe verstehen aber den Doppel-HH habe der SR nie beschlossen. **Herr Brohm** wisse, dass der SR dies nicht beschlossen habe aber als Hauptverwaltungsbeamter habe er es vorgeschlagen und bei der Vorbesprechung zur HH-Aufstellung habe man erklärt, warum man einen Doppel-HH erstelle. Es gehe um die Arbeit, die dahinter stecke. Er nennt einige Beispiele. Darunter auch die Umsatzsteuerpflicht. Diese sei sehr komplex. Alle Einnahmen müssten auf die Umsatzsteuer ausgewiesen werden.

Herr Jacob glaube Herrn Brohm, dass die Prüfung sehr komplex sei aber da gebe es welche, die dabei helfen könnten.

Zur letzten Ortschaftsratssitzung Tangerhütte sagt **Herr Jacob**, Herr Brohm sei zugegen gewesen aber diese Sitzung leite der OBM Herr Borstell. In dieser Sitzung habe es Wortmeldungen gegeben, die auch aus seiner Sicht nicht in Ordnung gewesen seien. Er selbst habe sich als SR-Vorsitzender angesprochen gefühlt, sich gemeldet und sich im Namen der SR-Kollegen verwehrt. Der Wortlaut sei über ominöse Beschlüsse zu diesen genannten Produkten gewesen.

Frau Schleef verstehe die Diskussion zum Doppel-HH 2022/2023 nicht. Die Grundaussgaben und die Grundeinnahmen seien gleich und sollte man zum Ende 2022 feststellen, man habe wieder einen „Überschuss“, könne man für 2023 Sonderausgaben einpflegen. Es werde immer gesagt, die Verwaltung solle bitte ihre Arbeit machen usw. Wenn man die Möglichkeit habe, der Verwaltung etwas Luft zu verschaffen, sollte man diese Möglichkeit nutzen.

Frau Kraemer möchte wissen, wie weit sei der Verkauf des Tresens und den dazugehörigen Teile?

Herr Brohm erinnert, dass man dies im nichtöffentlichen Teil behandelt habe und er würde im nicht-öffentlichen Teil antworten wollen.

Frau Platte habe eine Frage zur Information in der letzten Freitaginfo zum Thema Laub. Bekomme man keine Laubboxen? **Herr Brohm** antwortet Frau Platte, sie bekommen es so wie abgesprochen.

Herr Jagolski habe auch schon in der BA-Sitzung gesagt, seit der Umstrukturierung des Bauhofes sei die Arbeit in Tangerhütte bedeutend effizienter geworden.

Herr Kinszorra spricht das Problem mit der Toilette am Bahnhof in Tangerhütte an. Wie weit werde die Reparatur beauftragt und wie weit könne man dort ein sicheres System anbringen, um den Vandalismus entgegen zu wirken? **Herr Brohm** merkt an, den Vandalismus entscheide derjenige, der den ausübe. **Herr Jagolski** kenne es so, dass der Monteur, der Firma wo die Toilette herkomme, sich das angeschaut habe und ein Kostenangebot aufstellen werde. Ihm ärgere die lange Zeit, die das dauere. Er hätte gleich die Firma angeschrieben und nicht erst über andere Firmen probiert. **Herr**

Brohm informiert, das Kostenangebot sei knapp unter 5.000 €. Er hoffe, es werde zeitnah abgearbeitet. **Herr Jagolski** glaube, dass man dort keine Videokamera anbauen dürfe.

Herr Brohm beendet 20:26 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und macht eine kurze Pause.

Öffentlicher Teil

TOP 16: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Brohm stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 17: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Brohm gibt den gefassten Beschluss mit der DS-Nr. BV 678/2021 der nicht öffentlichen Sitzung bekannt.

TOP 18: Schließung der Sitzung

Herr Brohm schließt 21:28 Uhr die HA-Sitzung.

Fertiggestellt am: 16.11.2021